

## Stellungnahme des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam zur „Gemeinsamen Erklärung der Landräte, Oberbürgermeister und der Ministerin des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Steuerung von Migration, Integration und Rückführung ist eine zentrale Herausforderung für unser Gemeinwesen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die in der Erklärung enthaltenen integrationspolitischen Ansätze, insbesondere die Anerkennung der langfristigen Bedeutung von Bildung, Arbeitsmarktintegration und gesellschaftlicher Teilhabe. Diese Punkte sind von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige und erfolgreiche Migrationspolitik. Allerdings wäre es wünschenswert, dass in diesem Bereich mit der gleichen Konkretisierung gearbeitet wird, wie es im Bereich der Rückführung geschieht.

Es ist unbestreitbar, dass die Migrationspolitik der vergangenen Jahre zu enormen gesellschaftlichen und nicht zuletzt auch finanziellen Herausforderungen für die Kommunen geführt hat. Die steigenden Anforderungen an Unterbringung, Integration und soziale Infrastruktur sind eine Belastung für viele Städte und Landkreise. Daher ist es notwendig, migrationspolitische Ansätze weiterzuentwickeln und an neue Gegebenheiten anzupassen. Es ist nur zu begrüßen, dass auch die neue Landesregierung in Brandenburg sich weiter gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten verständigt und nach einer gemeinsamen Linie sucht. Dies ist eine Qualität, die das Vorgehen in Brandenburg von anderen Bundesländern positiv unterscheidet.

Gleichzeitig ist klar, dass die Positionen in den Kommunen unterschiedlich sind. Während Städte wie Potsdam verstärkt auf Integrationsmaßnahmen und eine humanitäre Aufnahme setzen, gibt es andere, die eine stärkere Begrenzung der Migration fordern.

Die kommunale Familie ist sich einig, dass Migration gesteuert werden muss, aber sie haben eben zum Teil unterschiedliche Sichtweisen auf die konkreten Maßnahmen und deren Umsetzung. Es gibt in der Erklärung zahlreiche Punkte, die diskutabel sind und eine tiefere Auseinandersetzung erfordern. Sie sollten im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im Bund unbedingt weiter diskutiert werden. Dazu gehören unter anderem auch eine ehrliche Diskussion über Kapazitäten in den Kommunen, die Finanzierung und Maßnahmen zur besseren Verteilung Geflüchteter innerhalb Europas sowie die konsequente Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Problematisch sind aber insbesondere Passagen, die Interpretationen ermöglichen, die nicht von allen mitgetragen werden. Dies betrifft etwa Formulierungen, die wie im Punkt 2c indirekt „Tischabschiebungen“ fordern oder eine Arbeitspflicht für Asylbewerber wie im Punkt 6c oder die explizite Forderung wie die Begrüßung von Zurückweisungen an Grenzen. Letzteres wurde selbst im aktuellen Sondierungspapier von CDU und SPD auf Bundesebene lediglich

als Prüfauftrag formuliert, nicht jedoch als umsetzbare Maßnahme dargestellt. Noch vor wenigen Wochen haben Tausende Menschen – auch in Potsdam – gegen genau solche Verschärfungen demonstriert.

Ich stehe auch persönlich für eine migrationspolitische Debatte, die mit Differenzierung geführt wird und Maßnahmen zunächst an realistischen Integrationschancen und erst in letzter Instanz an Restriktion festmacht und misst. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich als Teil der Initiative „Städte Sicherer Häfen“ klar zu einer humanitären und integrationsfördernden Flüchtlingspolitik bekannt. Wir setzen uns für pragmatische Lösungen ein, die Schutzsuchenden eine echte Perspektive bieten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir haben uns von Beginn an für das Projekt „Spurwechsel“ eingesetzt, das Geflüchteten eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen und somit die Chance auf ihren dauerhaften Aufenthalt verbessern soll.

Solange im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Möglichkeit besteht, als Stadt eigenständig Entscheidungen ohne Weisung zu treffen, muss es auch möglich sein, diese in Abwägung zwischen der Geschlossenheit der kommunalen Familie der Landkreise und kreisfreien Städte und der Position der jeweiligen Gebietskörperschaft zu fällen. Die Eigenständigkeit der Kommunen ist ein wesentliches Prinzip unserer föderalen Ordnung und ermöglicht es, auf lokale Gegebenheiten und politische Mehrheiten angemessen zu reagieren.

Potsdam sieht seine Position in der Migrations- und Integrationspolitik von jeher eher vergleichbar mit der Haltung der Sanctuary Cities („Zufluchtsstädte“), wie es sie weltweit gibt. Diese Städte stehen für eine Politik, die nicht auf Abschottung, sondern auf Schutz und Integration setzt. Auf Initiative der Oberbürgermeister von Palermo und Potsdam wurde 2021 die „Internationale Allianz der Städte Sicherer Häfen“ gegründet. Die Allianz spricht sich auch im Kreis der europäischen Städte für eine humane, integrationsorientierte Flüchtlingspolitik aus – im Einklang mit den Werten einer offenen und solidarischen Stadtgesellschaft.

Deshalb kann ich die vorliegende Erklärung so nicht mittragen. Sie widerspricht in Teilen nicht nur meinen eigenen Positionen, sondern mit Sicherheit auch der politischen Mehrheitsmeinung der Bürgerinnen und Bürger und der gewählten Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam. Auch aus diesem Grund will ich ohne eine entsprechende Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung keine soweit vom bisherigen Agieren der Landeshauptstadt Potsdam abweichende Position unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Schubert  
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam